

Das Verhältnis zur Kreisleitung enger gestalten

Im Nachstehenden veröffentlichen wir eine Zuschrift des Genossen Sparfeld aus Oranienburg, der sich ernste Gedanken darüber macht, wie die Zusammengehörigkeit der Parteimitglieder dieser Kreisstadt gestärkt und das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zu den leitenden Parteiorganen enger gestaltet werden könnten. Es sind Überlegungen, die sich aus der Praxis des Parteilebens ergeben und die wahrscheinlich auch andere Genossen anregen werden, die hier aufgeworfenen Fragen unter dem Gesichtspunkt der eigenen Erfahrungen zu betrachten und darüber ihre Meinung zu schreiben.
Die Redaktion

Als Oranienburg noch nicht Kreisstadt war, stand an der Spitze der örtlichen Parteiorganisation eine Ortsleitung. In jedem Monat fand eine Funktionärversammlung und in jedem Quartal eine Mitgliederversammlung statt. Dadurch konnten sich zum größten Teil die Genossen untereinander. Wenn man sich auf der Straße traf, wurden einige Worte gewechselt, Meinungen wurden ausgetauscht und dabei das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit gestärkt. Seitdem nun Oranienburg Kreisstadt ist und die Ortsleitung aufgelöst wurde, hat sich dieser Zustand grundlegend verändert. Die Bevölkerung der Stadt, die ratsuchend zur damaligen Ortsleitung kam, kommt heute zur Kreisleitung nur sehr, sehr spärlich. Ich will nicht sagen, daß das Vertrauen zur Partei geringer geworden ist, nein, es ist für die Besucher komplizierter geworden, von der Kreisleitung angehört zu werden. Es beginnt schon mit der Frage beim Pförtner: „Wohin wollen Sie?“ Wie soll der einfache Mensch, der nicht unser Genosse ist, wissen, an wen er sich zu wenden hat. Er will Rat, er möchte Beistand in seiner Angelegenheit. Er ist also gezwungen, dem Pförtner sein Anliegen vorzutragen, und dieser sagt ihm dann, daß der betreffende Genosse Sekretär, der solche

Angelegenheit bearbeitet, gerade nicht im Haus ist oder sich in einer Bürositzung befindet. Der Besucher ist also gezwungen, noch einmal wiederzukommen. In der Mehrzahl der Fälle kommt der Besucher nicht wieder. So geht es aber nicht nur den Parteilosen, sondern auch unseren Genossen. Nicht alle Genossen gehören einer Betriebsparteiorganisation an. Ein größerer Teil ist Mitglied in den Wohnbezirksgruppen und es ist in den meisten Wohngruppen so, daß nicht alle Fragen dort geklärt werden können, weil eben die ideologisch stärksten Genossen in den Betrieben arbeiten.

Könnte dieser Zustand nicht geändert werden? Es wäre doch möglich — damit die Genossen sich wieder mehr kennenlernen — ein Büro einzurichten, das sich nur mit den örtlichen Angelegenheiten befaßt, so wie das früher bei der Ortsleitung der Fall war. Nun soll nach meiner Ansicht nicht etwa ein Büro errichtet werden, das mit hauptamtlichen Kräften besetzt wird, sondern an zwei Tagen der Woche sollten ein oder zwei Genossen in einem besonders dafür hergerichteten Raum in den Nachmittags- bzw. Abendstunden Sprechstunden abhalten, natürlich ehrenamtlich. Geeignete Genossen oder Genossinnen würden sich schon finden, die mit den Problemen in der Stadt gut vertraut sind. Des weiteren müßte für das gesamte Stadtgebiet in jedem Quartal eine Mitgliederversammlung stattfinden, an der alle Genossen, die in der Stadt wohnen, teilnehmen können. Diese Versammlungen würden zweckmäßig Sonntag vormittag von 9 bis 12 Uhr abzuhalten sein. Die Tagesordnung müßte der jeweiligen politischen Situation angepaßt sein. Ich bin davon überzeugt, daß diese Maßnahmen dazu beitragen würden.

1. das Vertrauen innerhalb der Bevölkerung zu unserer Partei zu heben und
2. daß die Genossen sich wieder näher kennenlernen